

**WARUM EIN
“INTERNATIONALES
TRIBUNAL
GEGEN DAS REGIME
IN DER TÜRKEI?”**

**DEVİRİMCİ
İŞÇİ** 

10.Juni 1988

Kontaktadresse.

Türkei Informationsbüro, c/o. R. Hasselbring
Postfach 91 08 43, D- 3000 Hannover 91
Tel.: 0511 / 210 20 07

V.i.S.d.P.: R. Hasselbring, Postfach 91 08 43, 3000 Hannover 91

ES IST EINE DEMOKRATISCHE AUFGABE DEN 12 SEPTEMBER REGIME ZU VERURTEILEN

Das Interesse des Westens an der Türkei wurde seit dem offiziellen Gesuch der Türkei nach Mitgliedschaft in der EG erneut größer. Zwischen 1980-81 stand die Türkei auf der Tagesordnung des Westens wegen des Militärputsches am 12. September 1980. Nun sieht sich der Westen mit dem offiziellen Gesuch nach voller Mitgliedschaft der Türkei in der EG wieder mit dem Problem der Türkei konfrontiert. Aus diesem Grunde spüren die europäischen Länder das Bedürfnis, die Türkei auch in anderen Dimensionen zu beobachten. Die europäischen Länder erwarten und wollen von der Türkei, daß sie ihre politische Struktur und ihr politisches System den europäischen Maßstäben anpaßt. Zumindest erwarten sie von der Türkei mehr Respekt vor den Menschenrechten, den gewerkschaftlichen Rechten und Freiheiten.

Zweifelsohne hat das Interesse der herrschenden Kräfte der Länder der europäischen Gemeinschaft an der Türkei größtenteils ökonomische und militärische Gründe. Die politischen Erwartungen dieser Kräfte sind das Resultat des Drucks ihrer eigenen Öffentlichkeit.

Auf Druck der Gewerkschaften, der demokratischen Kräfte und der Solidaritätsbewegung werden die politischen Entwicklungen in der Türkei in Brüssel, Bonn, Paris und London von Zeit zu Zeit –wenn auch inoffiziell– kritisiert. Wenn sich diese Kritik auch innerhalb der Regeln der diplomatischen Höflichkeit bewegt, so wird doch deutlich, daß selbst die konservativen und rechten Kräfte in Europa der Meinung sind, daß die Demokratie in der Türkei nicht völlig funktioniert. Trotzdem fühlen sich die genannten Kräfte von den Menschenrechtsverletzungen und der nicht-Existenz der Demokratie in der Türkei nicht gestört, denn die Türkei interessiert sie im Rahmen der ökonomischen und militärischen Interessen Europas. Es ist auch nicht zu erwarten, daß sie sich davon stören lassen...

Eigentlich ist diese Haltung der kapitalistischen Länder Europas zur Türkei nicht neu. Die wirtschaftlichen und politischen Machthaber in Europa näherten sich der Türkei immer nur auf dem Weg ihrer ökonomischen und politischen Interessen. Der legitime Protest der Öffentlichkeit auf den Putsch in der Türkei und der öffentliche Druck verleitet die europäischen politischen Institutionen wie den Europarat zu einer kritischen Haltung gegenüber den Maßnahmen des Regimes in der Türkei. Und ihre Haltung hatte immer einen doppelten Charakter: Auf der einen Seite kritisierten sie den Putsch und dessen Maßnahmen vor ihrer eigenen Öffentlichkeit, auf der anderen Seite unterstützten sie zugleich intensiv die Generäle und die türkische Regierung in politischer, wirtschaftlicher, militärischer und moralischer Hinsicht. Denn sie brauchten die Türkei für die NATO und für den Mittleren Osten, der eine

ständige Instabilität und eine Kriegssituation durchlebt. Auf diese Art und Weise verschwanden die Prinzipien der Demokratie, die Menschenrechte, die gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten (auf die die Europäer so viel Wert legen!) in den dunklen Kanälen der Diplomatie.

Wenn von einer wirklichen und ernstzunehmenden Opposition in Europa gegen die faschistische Militärregierung nach 1980 gesprochen werden kann, dann war es ein Verdienst der Gewerkschaften, der fortschrittlichen, demokratischen, sozialistischen und anti-imperialistischen Kräfte. Die wahren Verteidiger der Demokratie und der Menschenrechte waren und sind auch diese Kräfte.

Wegen ihrer von und oben beschriebenen Haltung haben die europäischen Parlamente; die Regierungen und die anderen politischen Institutionen gegenüber der Türkei nicht die Haltung eingenommen, die sie seinerzeit gegenüber Chile einnahmen. Die Bemühungen der Gewerkschaften, der demokratischen, sozialistischen und anti-imperialistischen Kräfte hingegen reichten zu einer völligen Verurteilung des Regimes in der Türkei nicht aus. In einer Hinsicht blieb die ideologische, politische und moralische Abrechnung der demokratischen und sozialistischen Kräfte mit den repressiv-autoritären und faschistischen Regimes auf halber Strecke, d.h. diese Abrechnung erreichte ihre Ziele nicht.

Und so stand die Türkei ab 1983 nicht mehr auf der Tagesordnung Europas. Die allgemeinen Wahlen von 1983 und 1987 sowie andere Schritte des Regimes in der Türkei veränderten in Europa das bis dahin existierende Bild der Türkei. Die herrschende Ansicht

ist, daß die Türkei auf dem Wege zur Demokratie sei. Die Parteien und die europäischen Regierungen, der Europarat und einige andere Institutionen denken so.

Entspricht aber diese Ansicht die Realität?

Findet in der Türkei wirklich ein Übergang zur Demokratie statt?

DIE TÜRKEI WIRD MIT DER LOGIK UND DER PHILOSOPHIE DES PUTSCHES VOM 12. SEPTEMBER '80 REGIERT

Auf folgende Entwicklungen in der Türkei stützt sich die Ansicht, nach der die Demokratie in der Türkei funktioniert:

- Es gibt eine gewählte und zivile Regierung.
- Das Kriegsrecht ist aufgehoben.
- Die Repressionen und Verbotsmaßnahmen sind im Vergleich zu den Jahren 1980-85 weniger geworden.
- Das Verbot der politischen Betätigung für einige alte Politiker ist aufgehoben, es gibt nun die Freiheit, Parteien zu gründen.
- Studenten, Intellektuelle, Frauen, Angehörige der politischen Gefangenen gründen Vereine; die Beschneidungen der gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten sind aufgelockert.
- Die Presse arbeitet in Vergleich zu früher freier.



● Die Özal-Regierung unterzeichnete am letzten Tag des Jahres das Zusatzprotokoll der europäischen Anti-Folter-Konvention. Die Türkei reiht sich nun auch in der Reihe der Länder gegen die Folter ein.

...
Noch andere Entwicklungen von weniger Bedeutung können diesen hinzugefügt werden.

Die oben aufgezählten Entwicklungen sind Argumente des Regimes und der Özal-Regierung, um sich zu entlasten. Das Regime will sich durch hartnäckige Hervorhebung der obigen Entwicklungen, die auch von einem Europäer leicht beobachtet werden können, daß in der Türkei die Periode der Militärregierung abgeschlossen sei. Die Özal-Regierung versucht, durch Erklärungen, die auf dem Papier bleiben, zu demonstrieren, daß in der Türkei eine demokratische, normale und zivile Ordnung erreicht worden wäre.

Inwieweit diese Behauptungen die Realität widerspiegeln, muß auf jeden Fall untersucht werden, auch deswegen, weil die europäischen Regierungen sich auch auf diese Behauptungen stützen und diese zum Anlaß nehmen, um ihre Beziehungen zur Türkei zu normalisieren..

Diejenigen Personen und Institutionen, die meinen, sie halten an den Prinzipien der Demokratie und den Menschenrechten fest, müssen, anstatt den offiziellen Erklärungen des Evren-Özal-Regimes zu glauben, die Realität der Türkei kritisch beobachten oder sich mit der Türkeiproblematik näher und auf wissenschaftlicher Basis beschäftigen, um auf diesem Wege zu einem Urteil zu gelangen.

Solange dies unterbleibt, werden die politischen Institutionen, Gewerkschaften, die demokratischen Kräfte und die europäischen Völker in Zukunft mit ihrem Gewissen in Schwierigkeiten kommen, in politischer und moralischer

Hinsicht in eine schwierige und peinliche Lage geraten. Denn die Realität in der Türkei ist eine andere als von der Evren-Özal-Regierung dargestellt wird.

IN DER TÜRKEI HERRSCHT EIN INSTITUTIONALI- SIERTES UNTERDRÜCKUNGS- UND TERRORREGIME!

Nun sind zwar 7½ Jahre über den Putsch in der Türkei vergangen, aber die Türkei wird nach wie vor mit der Philosophie des Putsches vom 12. September 1980 regiert. Die staatlichen Institutionen, die Mehrheit im Parlament, die Regierung und der Justizapparat, die Bürokratie und alle anderen offiziellen Institutionen betrachten das Volk wie die Generäle des 12. Septembers. Die Armee und deren Hintermänner, die den Putsch veranstalteten, betrachten ökonomisch-demokratischen und politischen Forderungen der Massen, die Demokratie und die Freiheiten als Ursachen der *"Instabilität und Anarchie im Lande."* Aus diesem Grunde installierten sie ein repressives und systematisches Unterdrückungsregime. Dieses Regime wird auch heute noch mit einigen Schönheitskorrekturen fortgesetzt. Alle staatlichen Institutionen mitsamt der Regierung und dem Parlament betrachten das Volk auch heute noch mit eben diesen Augen. Die terroristischen Regierungsmethoden, die faschistische Unterdrückungspolitik, der Nationalismus, der Autoritarismus,



die Arbeiterfeindlichkeit und der Islamismus a la Saudi Arabien wurden in der Türkei zur Philosophie und Politik des Staates. Der Staat wurde auf dieser Basis von neuem organisiert. Die werktätigen Massen werden aufgefordert, sich zu unterwerfen, Respekt vor der Autorität zu haben, die Regel der Kasernendisziplin zu beachten, viel zu arbeiten, sich nicht mit der Politik zu beschäftigen, den Staat über alles zu stellen. Es wird mittels des Fernsehens, der Schulen, der großen Presseorgane versucht, diese Forderungen des Regimes zu einer Gewohnheit und Lebensart der Massen zu entwickeln. Alldiejenigen, die dieses Schema des 12. Septembers zersprengen, in dieses Schema nicht passen, sehen sich gleich mit der Polizei, Der Gendarmarie und den Gerichten konfrontiert. Die Unterdrückungsordnung in der Türkei ist nicht nur institutionalisiert worden, sondern auch mit einem gesetzlichen Status versehen.

DIE DEMOKRATIE BESTEHT NICHT NUR AUS DEM WAHLMECHANISMUS

Es ist richtig, daß der Wahlmechanismus in der Türkei nun funktioniert. Aber dies kann nicht als Beweis für die Existenz der Demokratie dienen. Der Wahlmechanismus ist nur eine der vielen Notwendigkeiten einer demokratischen Staatsordnung. Die Wahlen können nicht anstelle der Demokratie gesetzt werden. Die Demokratie ist mit ihren Eigenschaften wie der Garantie des Gebrauchs von Freiheiten durch alle, der freien Beteiligung der gesellschaftlichen Kräfte an Entscheidungsprozessen, der Kontrolle der Regierung durch die Öffentlichkeit, der praktischen Existenz von freien Wahlen, dem uneingeschränkten Gebrauch von Meinungs- und Versammlungsfreiheit, der Nicht-Existenz einer unterdrückten Nation, der Unabhängigkeit der Justiz etc. ein Ganzes. Von all diesen Elementen funktioniert heute in der Türkei nur der Wahlmechanismus. Darüberhinaus funktioniert dieser Wahlmechanismus auch nur mit Hilfe eines Wahlgesetzes, das selbst von den bürgerlichen Parteien als anti-demokratisch verschrien wird. Die Tatsache, daß es eine gewählte Regierung gibt, reicht nicht aus, um ein Regime demokratisch zu nennen. Aus diesem Grunde kann das gegenwärtige Regime in der Türkei nicht als eine demokratische Staatsordnung bezeichnet werden. Das türkische Regime ist nicht anderes als eine Staatsordnung von repressiven, autoritärem und faschistischen Charakter. Zwischen 1980-

83 wurde angefangen, dieses Regime mit Hilfe einer gewaltigen Repressionswelle zu installieren. Ab '83 galten die Bemühungen dem Versuch der Legitimation und der Stabilisierung dieses Regimes. Immer noch hält genau dieses Prozess an. Die Wahlen wurden als ein Mittel zur Erreichung dieses Zieles auf die Tagesordnung gebracht. Die allgemeinen Wahlen von 1983 und 1987 waren in Wahrheit keine freien Wahlen.

EINE KLEINE GRUPPE ENTSCHEIDET DARÜBER, WIE DIE TÜRKEI REGIERT WERDEN SOLL

Eine kleine Minderheit entscheidet heute in der Türkei, welche Politik in ökonomischen, gesellschaftlichen, militärischen, kulturellen u.a. Bereichen verfolgt werden soll oder verfolgt wird. Das erste sowie letzte Wort darüber, wie die Türkei regiert werden soll, haben in der Türkei große Monopole, der Staatspräsident, die Armee, die Regierung, die Polizeipräsidenten und die Gouverneure; sie allein treffen die Entscheidungen. Die nach dem 12. September 1980 errichtete neue politische Struktur entbehrt jeglicher Kontrolle seitens der gesellschaftlichen Kräfte. Selbst die bürgerlichen Oppositionsparteien können keinen Einfluß auf die zu verfolgende Politik ausüben, geschweige denn die Gewerkschaften und Vereine. Die Machthaber in der Türkei beachten in keiner Weise die Forderungen des

Volkes, die Vorschläge der Oppositionsparteien, der Gewerkschaften, der Intellektuellen, die nationalen Forderungen des kurdischen Volkes.

Folgender Punkt ist auch sehr wichtig für die Einschätzung des Problems, wie die Türkei regiert wird:

Nach dem Putsch vom 12. September 1980 wurde die hierarchische Ordnung des Staates verändert. Die Funktion des Parlaments wurde als eine Folge dieser Veränderung eingeschränkt. Diese Situation führte dazu, daß über dem Parlament stehende Kräfte in der Regierung des Landes bestimmende und einflußreichere Funktionen erhielten. Es werden zwar Wahlen durchgeführt, es wird ein Parlament gebildet und es gibt eine Regierung, aber die Entscheidungen werden nicht allein vom Parlament und der Regierung getroffen. Der Staatspräsident, der Staatspräsidentenrat, der Nationale Sicherheitsrat, Militärgerichte, spezielle Einheiten wie z.B. die Abteilung für den Kampf gegen den Terror, der außergewöhnliche Regionsgouverneur in T. Kurdistan haben gemeinsam mit den Institutionen Armee, Polizei, Hochschulrat, Hoher Schiedsrat, Staatskontrollrat das alleinige Entscheidungsrecht in der Regierung des Landes. Das Parlament hat keine beachtlichen Befugnisse zur Kontrolle dieser Institutionen. (Da Özal als eine zivile Nachfolge des Regimes des 12. Septembers an der Regierung ist und er die politische Linie dieses Regimes fortsetzt, haben diese Institutionen die Möglichkeit, sich zu verstellen. Sollte aber eine andere Partei als Özal's ANAP an die Regierung kommen, so werden sich in diesem Bereich wichtige Befugnis- und Machtkämpfe ereignen.).

IN DER TÜRKEI WIRD EIN GEHEIMES KRIEGSRECHT PRAKTIZIERT

Es ist richtig, daß das Kriegsrecht in allen Provinzen aufgehoben ist. Nun rollen keine Panzer und marchieren keine Soldaten mehr auf den Straßen. (Die Touristen können unbesorgt und ungestört ihren Urlaub in der Türkei verbringen!). Zwar ist das Kriegsrecht in der Türkei aufgehoben, aber die Befugnisse der Gouverneure und Polizeipräsidenten wurden so außergewöhnlich erweitert und vergrößert, daß man von der Praktizierung eines geheimen Kriegsrechts in der Türkei reden muß. Die Befugnisse der Kriegsrechtskommandanten wurden mit extra dafür geschaffenen Gesetzen an die Gouverneure und Polizeikräfte übertragen, so daß irgend ein Gouverneur die Befugnisse und Macht eines Kriegsrechtskommandanten in Anspruch nehmen kann, wenn er es als notwendig erachtet. Gestern wurden die Armeeeinheiten auf Arbeiter und Studenten gehetzt, heute sind es spezielle Polizeieinheiten (Schnelle Eingreiftruppe) und zwar beim kleinsten Anlaß!...

Der speziell für Türkei-Kurdistan eingesetzte Regionsgouverneur des Ausnahmezustandes unterscheidet sich in keinster Weise vom Kriegsrechtskommandanten. Die militärischen Operationen in dieser Region wurden gestern von einem general geleitet, heute tut dies ein Gouverneur, d.h. eine zivile Person.

DIE BEFEHLE UND VERBOTE DER 5 GENERÄLE (Nationaler Sicherheitsrat) NACH DEM PUTSCH UND DER KRIEGSRECHTS-KOMMANDANTEN HABEN NACH WIE VOR VOLLE GÜLTIGKEIT

Nun ist es zwar richtig, daß sich die Militärs zurückgezogen haben (ein ziviles Kleid angezogen haben wie der Putschgeneral und gegenwärtiger Staatspräsident Kenan Evren) und das Kriegsrecht aufgehoben wurde, aber all die Befehle und Entscheidungen des 5-köpfigen Nationalen Sicherheitsrates nach dem 12. September 1980 sind immer noch gültig. Ein Teil dieser Befehle wurde später in Gesetzen verankert. Auch die Verbote, die die Generäle am Morgen des Putschtages verhängten, sind immer noch gültig.

Die auf Befehl des Nationalen Sicherheitsrates und der Kriegrechtskommandanten errichteten und immer noch funktionierenden Militärgerichte bestehen nach wie vor. Die Verfahren gegen alle, die auf Befehl der Armeekommandanten und des Sicherheitsrates verhaftet wurden, finden immer noch vor Militärgerichten statt; diese Tatsache ist nicht mal mit den Gesetzen des Regimes in Einklang zu bringen, nach denen Militärgerichte aufgelöst

werden müssen, wenn das Kriegsrecht aufgehoben wird. An die 500.000 Menschen wurden von diesen Gerichten bestraft. Die Akten von 70.000 Menschen befinden sich immer noch vor Militärgerichten. Obwohl das Kriegsrecht auf dem Papier aufgehoben wurde, werden die vor den Militärgerichten geführten Prozesse nicht an zivile Gerichte übergeben. Während auf der einen Seite die Militärgerichte weiterhin beibehalten werden und ihre Todesurteile ausgesprochen, werden auf der anderen Seite sogenannte Staatssicherheitsgerichte mit der selben Funktion geschaffen. Die Staatssicherheitsgerichte sind spezielle und außergewöhnliche Gerichte, die sich mit gesellschaftlichen und politischen "Delikten" befassen. Diesen Gerichten stehen auch Militärs als Richter vor.

Der Ausnahmezustand wurde aufgehoben. Trotzdem urteilen die Militärgerichte weiter. Dies ist sowohl gegen das Grundgesetz als auch gegen internationaler Recht. 1972 hatte das Verfassungsgericht festgestellt, daß nach Beendigung des Ausnahmezustandes die Militärgerichte nicht mehr tätig werden dürfen. Trotz dieser Tatsache weigert sich die Regierung, die Militärgerichte aufzulösen und die Prozesse an die Zivilgerichte abzugeben.

In der Türkei werden 1988 die Ausnahmezustandsgesetze wie nach dem 12. September weiterhin angewendet. Das verstößt gegen die internationalen Vereinbarungen. Dort steht wörtlich: "Jeder Angeklagter hat das Recht darauf, vor ein ordentliches Gericht gestellt zu werden." Heute werden tausende von Menschen von Militärgerichten verurteilt.

Das Kriegsrecht ist zwar beendet, aber tausende von auf Befehl der Kriegskommandanten verhafteten Menschen sitzen immer noch in den Gefängnissen. All diejenigen Gefangenen, deren Prozesse noch nicht beendet sind, sitzen in Militärgefängnissen; die verurteilten Gefangenen sitzen in Gefängnissen von Sondertypen, die sich von Militärgefängnissen in keinsten Weise unterscheiden. Die politischen Gefangenen sind nach den bestehenden Gesetzen den Soldaten in der Armee gleichgestellt, d.h. sie müssen sich der Armeedisziplin unterwerfen, und leiden unter einer gewaltigen Repressionswelle.

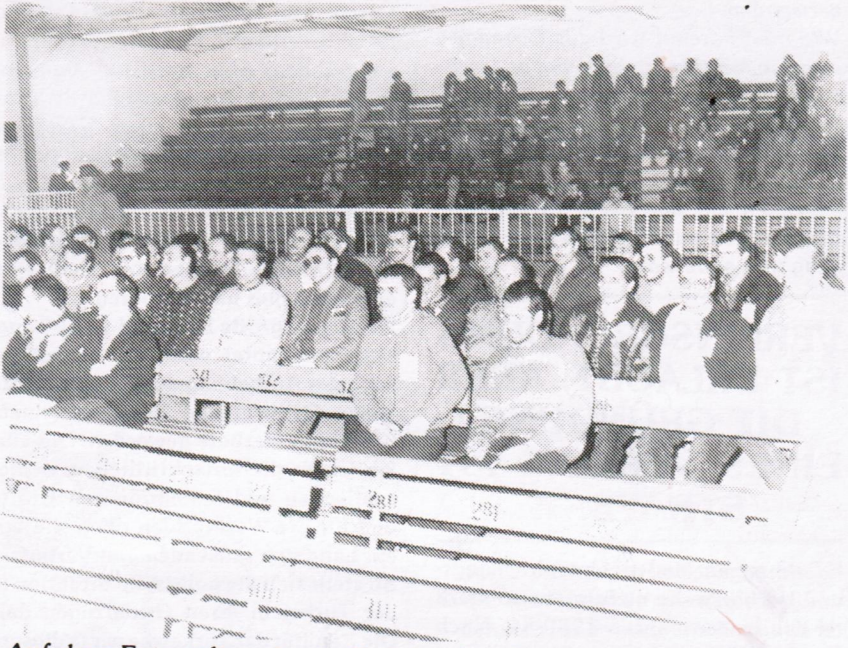
Im Mai 1988 mußte sich die Regierung dem Widerstand der Familien und der Inhaftierten beugen und die Inhaftierten in Zivilgefängnisse verlegen. Sicherlich ist dies positiv zu bewerten.

Es hat jedoch einen Schönheitsfehler: die Gefangenen wurden in besonders "geeignete" Gefängnisse verlegt. Diese besonderen Haftanstalten sind im Grunde ein Abbild der Militärhaftanstalten. Die Bedingungen in beide Haftanstalten tragen nicht dazu bei, daß für die Gefangenen eine Verbesserung geschaffen würde. Zur Erinnerung: Diese Besonderen Haftanstalten sind Gefängnisse wie: Aydın, Çanakkale, Gaziantep, Malatya, Bartın und Mersin. In diesen Gefängnissen haben sich die Gefangenen wiederholt geweigert, sich einzuordnen, z.B. bei Nahrungsmittelaufnahme, Ausgang etc. Der Grund hierfür ist, daß die Gefangenen Revolutionäre genauso behandelt werden wie in einer Militärgefängnis. Das heißt, sie werden gefoltert, genötigt... Es werden ihnen die Menschenrechte aberkannt.

FOLTER IST IN DER TÜRKEI NACH WIE VOR EINE SYSTEMATISCHE STAATSPOLITIK

Ja, nun hat die Özal-Regierung am letzten Tag des Jahres 1987 die Zusatzvereinbarung zum Anti-Folterabkommen ratifiziert. Aber Folter ist in der Türkei immer noch auf der Tagesordnung. Obwohl es in der Türkei seit Jahren Folterungen und schlechte Behandlungen der Gefangenen gibt, wurde die Folter nach 1980 noch breiter und systematischer praktiziert. Die Folter wurde mit dem Putsch zu einer Staatspolitik in der Türkei. Die Folter ist in der Türkei keine Folge der Unausgebildetheit oder des Sadismus von einzelnen Soldaten und Polizisten, wie von den offiziellen Stellen erklärt wird. Die Folter ist im Gegenteil eine institutionalisierte Realität in der Türkei und die Folterer sind speziell dafür ausgebildet.

Auf der anderen Seite werden die Folterer von der Regierung, den Gouverneuren und sogar von den Gesetzen und Gerichten geschützt. Die Gesetzesparagrafen zur Bestrafung der Folterer werden nicht angewandt. Zur Zeit wird die Folter in den Gefängnissen, den Sicherheitspräsidien, den Polizeiwachen und überall in Türkei-Kurdistan angewandt. Die Regierung Özal wird so in die Geschichte eingehen, daß sie mit einer Hand die Anti-Foltervereinbarung unterschreibt, zugleich aber mit hundert Händen foltert. Özal schlug diesen Weg



Auf dem Foto sehen sie ein Teil des Angeklagten Ankara-Devimci Yol-Prozesses. Datum: April 1988

ein, um die politischen Beziehungen zu europäischen Ländern zu verbessern. Die Unterzeichnung der Anti-Folterkonvention hat angesichts der Realität der Türkei keinen praktischen Wert.

Die türkische Regierung hat die Anti-Folter-Konvention des Europaparlaments unterzeichnet. In diesem Abkommen heißt es nach §15: "Die Aussagen, die unter Folter, Nötigung, Drohung gemacht worden sind, können vor Gericht nicht als gültig anerkannt werden."

Zahlreiche UN Länder haben ebenfalls dieses Abkommen unterschrieben. Das türkische Parlament hat mit großer Mehrheit ebenfalls zugestimmt. Somit ist dieses Abkommen in Kraft und mußte beachtet werden. In der Türkei ist allerdings das Gegenteil der

Fall.

Die Praxis zeigt, daß die Aussagen, die unter Folter und unter Drohungen gemacht wurden bzw. erzwungen worden sind, immer noch verwendet und gegen die Angeklagten als belastendes Material genutzt werden.

Das bedeutet, die Regierung mißachtet ihre eigenen Gesetze.

Im April 1988 haben die Angeklagten von Devrimci Yol-Prozess von ihren Richtern gefordert, daß die Aussagen, die unter Folter und Drohung erzwungen worden waren aus den Akten genommen werden. Der Militärstaatsanwalt hat die Anträge abgelehnt und bekundet, daß kein Paragraph es verbieten würde, diese Aussagen, die unter den geschilderten Umständen gemacht worden sein sollen, nicht zu

verwenden.

Wie man erkennt wird das Grundgesetz von Militärgerichten und anderen staatlichen Institutionen mißachtet. Es ist eindeutig, daß die Regierung die europäischen Ländern mit falschen Taktiken irreführt, und den Anschein erwecken will, daß in der Türkei Verbesserungen auch in dieser Hinsicht gang und gäbe wäre.

VEREINSGRÜNDUNG IST ERLAUBT, ABER DIE GRÜNDUNG EINES VEREINS IST STRAFBAR

Es stimmt nun, daß die Unterdrückungs- und Verbotswelle nicht mehr so stark ist wie in den Jahren 1980-84. Nach dem die Massen in eine Situation gedrängt wurden, in der sie die demokratischen Rechte und Freiheiten nicht mehr in Anspruch nehmen konnten, gab das Regime auch der Gesellschaft einige Rechte zurück. Von einigen begrenzten demokratischen Rechten und Freiheiten wird heute Gebrauch gemacht. Aber die Angst vor dem 12. September, die Unterdrückung und Drohung des 12. Septembers haben immer noch ihren Einfluß auf die Volksmassen. Daneben halten die Verbote gegen verschiedene Kreise der Gesellschaft nach wie vor in unterschiedlichen Formen an. Die teilweise erfolgte Auflockerung in den Bereichen der Vereinsgründung und der Pressefreiheit hat im realen Leben keine Bedeutung. Die Tageszeitungen sind voll von Nachrichten über Verhaftungen von Studenten, Angehörige der politischen Gefangenen und Intellektuellen, die das Recht auf

Vereinsgründung in Anspruch nehmen. Es ist für einige Kreise erlaubt, Vereine zu gründen. Aber die Studenten und Intellektuellen begehen eine Straftat, wenn sie versuchen einen Verein zu gründen. Nach dem Gesetz ist die Vereinsgründung erlaubt, in der Praxis hingegen verboten. Zwar nicht so häufig wie früher, aber immer noch werden Zeitschriften, Bücher und Zeitungen eingesammelt und Verboten.

Es ist eine große Lüge und Täuschung, wenn behauptet wird, die Türkei sei nach der Aufhebung der Politikverbote gegen Demirel und Ecevit zu einem Land ohne Verbote geworden. Die Türkei ist für die fortschrittlichen, demokratischen und revolutionären Kräfte und für die Werktätigen nach wie vor ein Land von tausenden von Verboten. So stellt sich die politische Situation in der Türkei in ihren Grundzügen dar. Die Realität der Türkei die wir in diesem Artikel skizziert haben, soll vor und während des Tribunals auf wissenschaftlicher Basis und mit Beweisen dargelegt und die Ergebnisse veröffentlicht werden. Die politische Situation und das Regime des 12. Septembers in der Türkei wird auf dem Tribunal vor den Augen der Menschheit mit den Zeugen und Dokumenten bloßgelegt werden.

IN DER TÜRKEI- KURDISTAN HERRSCHT STAATSTERROR

Türkei-Kurdistan ist seit Jahrzehnten Schauplatz grausemster Massaker des herrschenden türkischen Staates. Die Sprache, die Kultur und die Nationale Identität des kurdischen Volkes ist



verboten. Die nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes, die seit Jahrzehnten andauert, wurde nach dem Putsch am 12. September 1980 vervielfacht; sie nahm die Form eines ständigen Krieges an.

Unter dem Vorwand *“der Jagd nach Separatisten”, “der heißen Verfolgung” und militärischer Operation* wurde das kurdische Volk gezwungen, die schlimmste Periode seiner Geschichte durchzuleben. Die kurdischen Dörfer wurden zu Militärlagern gemacht, Frauen, Kinder, alte Männer gefoltert.

1/3 der 750 tausend Mann starken türkischen Armee wurde in Türkei-Kurdistan stationiert, Operationen spezieller Einheiten in diesem Gebiet wurden zum *“normalen”* Alltag. Unter dem Vorwand *“des Schutzes der Wälder”* werden tausende von kurdischen Bauern zwangsumgesiedelt, strategische Dörfer werden eingerichtet.

Mit dem System der Dorfmilizen und des Gouverneurs des Ausnahmerechtes wird eine Politik praktiziert, die der US-

Politik in Vietnam ähnelt. Die türkische Armee marschierte mehrere Male in Irak-Kurdistan ein, die Zivilbevölkerung wurde massakriert, den kurdischen Gruppen in diesem Gebiet militärische Verluste gemacht. Auf der anderen Seite machte die türkische Armee eine Probe des möglichen Einmarsches in Kirkuk und Musul, zwei Städte mitten im Golfkrieg. Die Pläne zur Besetzung

von Kirkuk und Musul werden auch heute geschmiedet.

Das *Internationale Tribunal* wird gegen die chauvinistische Politik des türkischen Staates, gegen den Krieg in Türkei-Kurdistan gerichtet sein. Es wird eine Plattform der Solidarität mit den nationalen und demokratischen Forderungen des kurdischen Volkes sein.

DIE POLITISCHE UND MORALISCHE NOTWENDIGKEIT DES INTERNATIONALEN TRIBUNALS GEGEN DAS REGIME IN DER TÜRKEI

Wir haben im vorigen Teil betont, daß die politische Situation in der Türkei jetzt nicht mehr so ist wie vor 6 Jahren. Es ist richtig, daß sich einiges verändert hat und im Jahre 1988 noch verändern wird. Wichtig ist in diesem Zusammenhang nur, in welchen Bereichen sich diese Veränderungen abspielen und wie sie zu stande kommen. Die Qualität und die Maße der Veränderung sowie ihre Beziehung zum bestehenden Regime müssen nur richtig verstanden werden.

Jemand der von Europa aus über Zeitungs- und Radionachrichten oder ausgehend von den offiziellen Erklärungen der türkischen Ministerien die Türkei beobachtet, kommt leicht zum Schluß, daß das Regime in der Türkei sich aufgelockert habe und der Übergang zur Demokratie vollzogen sei. Die Nachrichten der großen Presse und Agenturen sowie die Erklärungen der

offiziellen Stellen haben sowieso die Mission, eine solche Meinung über die Türkei zu bilden und zu verstärken: Es muß zugegeben werden, daß das türkische Regime in diesem Bereich beachtliche Erfolge erzielt hat.

Aber niemand, der die Entwicklungen in der Türkei kritisch beobachtet oder aber dort lebt, kann diese Meinung zur Türkei teilen. Denn seine Erfahrungen und Informationen machen eine andere Einschätzung der politischen Lage in der Türkei notwendig.

Nun entsteht die Frage, wie die Veränderungen in der Türkei eingestuft werden können?

Die Veränderungen in der Türkei seit 1985 vollziehen sich nicht im Wesen und in den Grundlagen des Regimes, sondern sie ereignen sich in sekundären Bereichen. Das Regime erlebt in der Türkei eine Veränderung in diesen sekundären Bereichen; die Philosophie der

die Logik des Systems sowie eine Funktionierung bleiben von dieser Veränderung, die oben nur kontrolliert zugelassen wird, unberührt. Daher können Veränderungen nicht als Veränderungen vom Faschismus oder der Militärdiktatur weg und hin zur Demokratie bezeichnet werden.

Diese Veränderungen werden von der Özal-Regierung mehr für Propagandazwecke gebraucht: Die Unterdrückungsmaßnahmen und Verbote gegen die türkischen und kurdischen Völker werden nicht aufgehoben. Die im ersten Teil auch aufgeführten Veränderungen drücken sich nicht im täglichen Leben der werktätigen Massen aus. Der Druck der gesellschaftlichen Kräfte und der Einfluß Europas zwingen das Regime, in einigen sekundären Bereichen Zugeständnisse zu machen.

Das Regime in der Türkei versucht das Programm des faschistischen Militärputsches in der Türkei in seinen Grundzügen zu festigen. Sowohl die Wahlen als auch die Schritte zur Schaffung eines zivilen "Äußeren" sowie einige Auflockerungen müssen in diesem Rahmen betrachtet werden.

Es ist eine gemeinsame Ansicht aller fortschrittlichen, demokratischen und sozialistischen Kräfte, daß diese Veränderungen keine Bedeutung für das alltägliche Leben der Massen haben.

Die europäischen Regierungen und einige politische Strömungen zweifeln wegen ihrer wirtschaftlichen und militärischen Interessen überhaupt nicht an der Richtigkeit und Glaubhaftigkeit der Erklärungen der türkischen Regierung und betrachten die Türkei als ein demokratisches Land oder als ein Land auf dem Wege zur Demokratie. Sie wollen gern

die nach dem Putsch in der Türkei errichtete repressi-autoritäre und faschistische Struktur übersehen.

Folgende sind die politischen und moralischen Grundlagen einer Anklage gegen das Regime in der Türkei auf einer internationaler Plattform:

- Die Institutionalisierung, Legalisierung und Verfestigung des nach dem faschistischen Militärputsch in der Türkei eingeschlagenen Programms,

- die Fortsetzung der Verbote gegen die werktätigen Massen,

- die ununterbrochene Fortsetzung des Vernichtungskriegs gegen die kurdische Nation,

- die systematische Verletzung der Menschenrechte, der demokratischen Rechte und Freiheiten, der Prinzipien der Demokratie in der Türkei, die Ergebnis eines jahrhundertlangen Kampfes der Menschheit sind und in unserem Jahrhundert eine internationale Gültigkeit und Bedeutung haben,

- und diese Verletzungen sind keine Einzelereignisse oder -erscheinungen, sondern eine natürliche und zwangsläufige Folge der Logik und der strukturellen Funktion des Regimes,

- die Tatsache, daß die europäischen Staaten dem Ideal und den Prinzipien der Demokratie, an denen sie so sehr hängen, den Rücken gekehrt haben und das Unterdrückungsregime in der Türkei als ein demokratisches Regime akzeptieren, weil ihre wirtschaftlichen und militärischen Interessen überwiegen,

und andere Gründe sind die politische Grundlage und legitime Basis einer Anklage gegen das Regime in der Türkei auf einer internationalen Plattform.

Folgende Tatsachen machen eine internationale Anklage auch aus mora-

lischer und humaner Hinsicht notwendig und legitim:

220 Menschen wurden unter Folter umgebracht, 50 Menschen wurden bisher hingerichtet, hunderte von Menschen wurden auf offener Straße oder während der Operationen erschossen, eine halbe Million Menschen erlebten Verhöre, Folterungen und Gerichtsverfahren, über 10.000 Menschen befinden sich aus politischen Gründen immer noch in den Gefängnissen, 13.000 Menschen wurde die Staatsbürgerschaft entzogen, sie wurden ins Exil gejagt, die Leiden der türkischen und kurdischen Völker seit 8 Jahren, seit 8 Jahren werden alle menschlichen, demokratischen und moralischen Werte mit Füßen getreten... All diese Tatsachen machen eine Anklage gegen das Regime in der Türkei notwendig. Wenn die Staaten, Regierungen, und andere offizielle Institutionen auf den Kontinenten Europa, Amerika, Asien und Afrika (auch diejenigen, die sich sozialistisch nennen), die demokratischen Kräfte, die Arbeiterklasse und die Völker und anti-imperialistischen Kräfte es mit den Menschenrechten und der Demokratie wirklich ernst meinen, gegen den Faschismus und anti-demokratische Regimes sind, müssen sie sich an dem *Internationalen Tribunal* gegen den Faschismus des 12. Septembers in der Türkei beteiligen oder dieses unterstützen.

In der Geschichte der Internationalen Bewegungen und Solidarität hat es Tribunale gegeben, z.B. das Russel-Tribunal. Es ist aber klar, daß das Internationale Tribunal gegen das Regime in der Türkei nicht solche Auswirkungen haben kann wie das *Russel-Tribunal* gegen den US-Imperialismus ausgehend von der Besetzung Vietnams. Trotzdem wollen wir aber an diese Tra-

dition anknüpfen, daß die Zeit eine andere ist und das Internationale Tribunal gegen das Regime in der Türkei nicht die selben Ergebnisse und Auswirkungen erzielen wird wie das Russel-Tribunal.

Aber diese Tatsache schafft die Notwendigkeit einer Abrechnung mit dem Unterdrückungsregime in der Türkei mit Hilfe eines Internationalen Tribunals nicht aus der Welt. Diese Tatsache ist kein Hindernis, die Bemühungen zu verstärken, den Putsch und all seine Folgen gänzlich abzulehnen und zu verurteilen.

Das *Internationale Tribunal gegen das Regime in der Türkei* wird Ergebnisse hervorbringen, erfolgreich sein und Auswirkungen haben, gemäß der Rolle der Türkei im Weltmaßstab. Das *Internationale Tribunal* wird seine große Bedeutung und seinen großen Wert für die Prinzipien der Demokratie und die Ideale der Menschheit haben. Es wird von einer unabhängigen *Jury* entsprechend den Regeln der Demokratie und den Menschenrechten abgehalten werden, es wird den Massen offen sein und in dieser Hinsicht demokratisch und massenhaft sein.

Das *Internationale Tribunal* mit dieser Bedeutung und diesem Inhalt wird eine Mahnung der Völker der Welt gegen die Verteidiger des Faschismus, gegen die konservativen und rassistischen Regierungen und anti-demokratischen Regime sein. Wenn wir es schaffen, das Internationale Tribunal gegen das Regime in der Türkei mit Eurer tatkräftigen Unterstützung gut zu organisieren, dann wird es ein internationaler Protest gegen die Putschis-

ten und die Feinde der Demokratie sein. Dieses Tribunal wird ein Ausdruck der Solidarität mit den türkischen und kurdischen Völker sein. Es wird darüberhinaus eine moralische Unterstützung für alle Völker unter Repression sein.

WIE MUß DAS TRIBUNAL ARBEITEN UND WAS MUß DAS TRIBUNAL ERZIELEN?

“Das Internationale Tribunal gegen das Regime in der Türkei” muß genau das Gegenteil der Verfahren sein, die nach dem 12. September 1980 in der Türkei stattfanden und finden. Und zwar folgendermaßen:

● *Es muß eine unabhängige Jury geben. Die Jury wird sich aus Vertretern der demokratischen Staaten, der Gewerkschaften, der Menschenrechtsorganisationen, der demokratischen und anti-imperialistischen Kräfte sowie Juristen und Pastoren zusammensetzen.*

● *Der Regierung der Türkischen Republik muß die Möglichkeit eingeräumt werden, sich zu verteidigen. Die Evren-Özal-Diktatur muß sich ohne jegliche Einschränkung verteidigen. Wenn die Özal-Regierung es ablehnt, sich auf diesem Tribunal zu verteidigen, das nicht*

eine gewählte Regierung sondern den faschistischen Putsch und das danach institutionalisierte Regime anklagen wird, wird bedeuten, daß Özal und seine Regierung den 12. September Putsch fortsetzen. Wenn Özal gegen faschistische Regime und Militärdiktaturen ist, dann muß er sich auf diesem Tribunal zur Verteidigung stellen. Wenn das Regime und Özal wollen, können sie mit der Verteidigung berühmte Anwälte beauftragen.

● *Alle vom Regime verfolgten Menschen und Organisationen müssen sich als Zeugen und Ankläger an dem Prozess des Internationalen Tribunals beteiligen.*

● *Die Anklage gegen das antidemokratische Regime muß sich auf die Prinzipien der UNO, die Internationale Menschenrechtsdeklaration, die Dokumente von Helsinki, die Prinzipien von ILO, die Prinzipien von Amnesty International, die Regeln der Demokratie und Menschenrechte, die Maßstäbe des Internationalen Rechts stützen.*

● *Die Ablehnung des türkischen Regimes, sich an dem Tribunal als Angeklagter zu beteiligen, muß die Funktion des Tribunals und seine Legitimation nicht verändern.*

● *Die Aktivitäten für das Internationale Tribunal sowie das Tribunal selbst müssen für alle demokratischen Menschen und Organisationen offen sein.*

● *Das Internationale Tribunal*

muß alle Staaten, die wirtschaftliche, politische, militärische und kulturelle Beziehungen zur Türkei unterhalten, die UNO, den Europarat, das Europaparlament und die EG auffordern, ihre Beziehungen zur Türkei noch einmal zu überdenken..

● *Das Tribunal muß offen demonstrieren, wer auf der Seite der Demokratie steht und wer demokratiefeindlich ist.*

● *In allen Ländern müssen sich Vorbereitungskomitees zum Tribunal bilden, und diese Komitees müssen zum Tribunal Delegationen schicken.*

● *Die Personen, die nach dem Putsch als Delegationsteilnehmer in die Türkei fahren, müssen die Möglichkeit haben, Jurymitglieder zu sein oder aber als Zeugen aufzutreten.*

SCHLUßWORT UND VORSCHLÄGE

Die Notwendigkeit des Internationalen Tribunal gegen das Regime in der Türkei am 8. Jahrestag des Militärputsches ist offensichtlich. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist eine historische Verantwortung. In einer Hinsicht wird das Tribunal eine verspätete politische und moralische Unterstützung der demokratischen Kräfte der Welt für die türkischen und kurdischen Völker sein. Es

wird zugleich ein starker Ausdruck des Aufschwungs und der Einheit der Solidaritätsbewegung sein.

Unsere Hoffnung ist es, daß alle Kräfte, die gegen den Faschismus, die Kriegsschürereien, die nationale Unterdrückung, die imperialistischen Aggressionen, den Anti-demokratismus und die Verletzung der Menschenrechte kämpfen, sich an den Vorbereitungen des Internationalen Tribunals gegen das Regime in der Türkei aktiv beteiligen und zur Realisierung einer beispielhaften Solidaritätsaktion beitragen.

Die Dokumente und Beweise auf dem Internationalen Tribunal werden zeigen, daß das Regime in der Türkei auf der völligen und systematischen Verletzung der Menschenrechte und der Demokratie installiert wurde.

Ohne die Ablehnung dieses Regimes mit all seinen politischen, wirtschaftlichen, administrativen, rechtlichen und moralischen Folgen wird es nicht möglich sein, den Weg zur Demokratie in der Türkei freizuräumen. Die Menschen und Institutionen im Westen können zur Erkämpfung der Demokratie in der Türkei nicht beitragen, ohne den 12. September mit seinen Folgen abzulehnen.

Das Internationale Tribunal gegen das Regime in der Türkei muß primär

● *die Verurteilung der Justiz des 12. Septembers,*

● *die Freilassung der inhaftierten und bestraften Menschen aus den Gefängnissen, die Streichung aller in dieser Periode verhängten Strafen,*

● *die praktische Einhaltung aller internationalen Abkommen durch*

die Türkei, der Menschenrechtsdeklarationen und den Prinzipien der ILO; die freie Rückkehr aller politischen Flüchtlinge aus dem Exil in die Türkei,

- die Aufhebung aller Unterdrückungs- und Verbotsmaßnahmen gegen die Massen,

- die Akzeptierung aller nationalen und demokratischen Rechte der Kurden,

- die Praktizierung einer wirklichen Demokratie in politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen,

- eine neue Gestaltung der Gesetze und administrativen Maßnahmen entsprechend dem Verständnis eines demokratischen Staates,

- die Bestrafung aller Folterer,

der Gremien, die Todesurteile fällen, derer, die die Waffen gegen die türkischen und kurdischen Völker gerichtet haben,

- eine Garantierung freier uneingeschränkter Wahlen ohne jegliche Verbote,

- die ökonomische Unterstützung der Arbeiter, der Bauern und anderer arbeitender Teile der Gesellschaft gegen die Monopole,

- die Garantierung der Pressefreiheit, des Meinungsäußerungs- und Organisationsrechts,

- die Demokratisierung des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens in jeder Hinsicht

fordern und zur Realisierung dieser Forderungen auf das Regime in der Türkei Druck ausüben.

Wir rufen alle Juristen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Parteien und Regierungen, liberalen, demokratischen, sozialistischen, anti-faschistischen Kräfte und Menschen der Welt auf, das Internationale Tribunal gegen das Regime in der Türkei zu unterstützen, sich an den Aktivitäten und Vorbereitungen des Internationalen Tribunal aktiv zu beteiligen...

1.-DM

**Spendenkonto:
Sabine Hasselbring
Stadtsparkasse Hannover, Sonderkonto 'Tribunal'
Konto Nr.: 15261 620, BLZ: 250 501 80**